Stand: 13.10.2026 06:05:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11159

"Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11159 vom 19.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11983 des GP vom 14.04.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 80 vom 21.05.2026
4. Beschluss des Plenums 19/13079 vom 22.07.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 22.07.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 19.03.2026 **Drucksache 19/11159**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, um die Ursachen der erhöhten Krankheitsquote der Beschäftigten am Flughafen München zu erforschen und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes zu erarbeiten.

Hierbei ist insbesondere die Belastung der Mitarbeitenden durch flughafenspezifische Schadstoffe, die bei der Verbrennung von Kerosin entstehen, in den Blick zu nehmen.

Begründung:

Es ist wissenschaftlich gesichert, dass Flughäfen ein Hotspot für Schadstoffe, insbesondere ultrafeine Partikel (UFP) sind, die von den Triebwerken der Flugzeuge ausgestoßen werden. Auch die gesundheitsschädigende Wirkung der UFP ist bekannt, die so klein sind, dass sie über die Atemwege bis ins Blut gelangen. Die Krankheitsquote der Flughafen-Beschäftigten ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt deutlich erhöht[1]. Das legt die Vermutung nahe, dass die Belastung durch UFP ein relevanter Faktor für die häufigere Erkrankung der Mitarbeitenden ist.

Das Angebot der Flughafen München GmbH an Gesundheits- und Präventionsmaßnahmen für die Beschäftigten ist derzeit vor allem auf die Belastung durch körperlich anspruchsvolle Tätigkeiten, Schichtarbeit und das Arbeiten unter freiem Himmel bei jeder Witterung ausgerichtet. Die Belastung der Atemwege durch UFP und andere Schadstoffe findet keinerlei Berücksichtigung.

Um die Gesundheit der Flughafen-Beschäftigten in Zukunft noch besser zu unterstützen und im Sinne einer echten Prävention zu handeln, soll die Staatsregierung deshalb eine Studie zur Erforschung der gesundheitlichen Belastung durch UFP und andere Schadstoffe in Auftrag geben.

[1] vgl. https://www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/krankenstand-flughafenregion-landkreis-erding-landkreis-freising-dak-gesundheitsreport-atemwegserkrankungen-erkaeltungen-rueckenschmerzen-1.6298455

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 14.04.2026 **Drucksache** 19/**11983**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/**11159**

Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Laura Weber**
Mitberichterstatter: **Helmut Schnotz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 14. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung
über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Nein. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche – soweit noch nicht geschehen – rechtzeitig aus Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel –
und schließt Abschiebungen vorerst aus
Drs. 19/9904, 19/11935 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. SPD
Eigenen Handwerksfonds auflegen: Kapitalzugang für Betriebe sichern
Drs. 19/10386, 19/11986 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
„Bayerische Meisterstücke“ – KMU-gerechte Unterstützung geografischer Angaben handwerklicher und industrieller Erzeugnisse in Bayern
Drs. 19/10408, 19/11989 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation von HebaVaria-Projekt: Hebammen-Vermittlung für eine bessere Versorgung von Mutter und Kind
Drs. 19/10790, 19/11980 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tarifabschluss unverzüglich auf Beamtinnen und Beamte übertragen – keine verzögerte Auszahlung in Bayern
Drs. 19/10793, 19/11984 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutzimpfungen retten (Kinder)Leben:
Präventive Strukturen nicht ersatzlos aufgeben!
Drs. 19/10797, 19/11981 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
Trennung von Amt und Partei in der Staatskanzlei
Drs. 19/10798, 19/11936 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Verlängerung Meisterbonusprogramm
Drs. 19/11023, 19/11991 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
   Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für Handyortungen und Observationen ausreisepflichtiger Ausländer im AufenthG
Drs. 19/11024, 19/11937 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Hinzuverdienstgrenze für die Hinterbliebenenrente abschaffen
Drs. 19/11042, 19/11845 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen – nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten
Drs. 19/11076, 19/11996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
40 Jahre nach Tschernobyl: Bericht im EU-Ausschuss: Bedeutungsverlust der Atomkraft weltweit – Daten und Fakten
Drs. 19/11099, 19/11860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindern und Familien mit fetalen Alkoholspektrumstörung (FASD) bessere Chancen im Leben geben!
Drs. 19/11154, 19/11982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern
Drs. 19/11156, 19/11939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!
Drs. 19/11159, 19/11983 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein „klick und krank“: Digitale Krankschreibungen stärker regulieren – hausärztliche Versorgung stärken
Drs. 19/11166, 19/11985 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern
Drs. 19/11168, 19/12000 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!
Drs. 19/11188, 19/11978 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Ehrlicher Verbraucherschutz statt neuer Belastungen aus Brüssel: „Fit for 55“ aussetzen, Bezahlbarkeit sichern, Krisenvorsorge stärken!
Drs. 19/11189, 19/11861 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten – Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen
Drs. 19/11190, 19/11862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

21. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkung der Medienethik im LehrplanPLUS der Mittelschule
Drs. 19/11191, 19/12001 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Hebammenhilfe nach Fehlgeburten stärker in das Hilfesystem integrieren!
Drs. 19/11208, 19/11987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundesprogramm „Respekt Coaches“ dauerhaft fortführen
Drs. 19/11209, 19/12002 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutz von Kleintieren vor Verletzungen durch Mähroboter – Aufklärung intensivieren und Partner aktiv einbinden
Drs. 19/11302, 19/11842 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Bayern
Drs. 19/11316, 19/11843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berge schützen, Natur bewahren:
Sofortvollzug beim Scheidtobelbahn-Projekt jetzt stoppen!
Drs. 19/11319, 19/11844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versorgung psychisch erkrankter Menschen sicherstellen
Drs. 19/11336, 19/11988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Wirksame Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Drs. 19/11366, 19/11846 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gebärdensprachverbot in bayerischen Schulen durch ein Fachgespräch aufarbeiten
Drs. 19/11388, 19/11847 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren IV:
Künstliche Intelligenz für eine bürgerfreundliche Verwaltung
Drs. 19/11391, 19/11992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart,
Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Psychotherapeutische Versorgung sichern –
bedarfsgerechte Finanzierung gewährleisten
Drs. 19/11393, 19/11990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

32. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Anhörung zur BayKiBiG-Reform: Qualität sichern,
Finanzierung verlässlich gestalten, Familien entlasten
Drs. 19/11813, 19/11976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.07.2026 **Drucksache** 19/**13079**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/**11159**, 19/**11983**

Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Johannes Becher
Abg. Alexander Flierl
Abg. Harald Meußgeier
Abg. Marina Jakob
Abg. Ruth Waldmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 33 bis 35** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weitsicht und Vorsorge für die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion: UFP-Messnetz ausweiten! (Drs. 19/11184)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen! (Drs. 19/11159)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!
(Drs. 19/11188)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Verbrennung von Kerosin entstehen Millionen ultrafeine Partikel. Das ist kein Feinstaub; denn die Partikel sind noch deutlich kleiner. Diese ultrafeinen Partikel sind gefährlich, weil sie zellgängig und gesundheitsschädlich sind. Unser Ziel ist es, die Menschen in der Region und diejenigen, die am Flughafen arbeiten und diese Partikel einatmen, besser vor ultrafeinen Partikeln zu schützen. Meine Damen und Herren, deshalb stellen wir diese Anträge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was können wir tun? – Wir können messen, die Wissenschaft mit entsprechenden Wirkungsstudien voranbringen und Maßnahmen ergreifen, um ultrafeine Partikel tatsächlich in der Praxis zu reduzieren.

Zu unserem ersten Antrag zum Thema Messungen: Es gibt Messungen in der Region, die jedoch nicht ganz vollständig sind. Das hat wohl bereits Wirkung gezeigt; denn Herr Kollege Zierer hat in der heute veröffentlichten Pressemitteilung eine zusätzliche Messstelle angekündigt, die die Hintergrundbelastung misst. Lieber Benno, ich finde das gut. Die Opposition stellt Anträge, und du setzt sie in Teilen um. Das ist für mich gelebte Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition. Wir gehen gemeinsam einen halben Schritt nach vorn. Das hat einen Applaus verdient, freut mich und ist gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sind wir schon am Ziel? – Wir wissen beide: Das sind wir noch nicht. In der Hauptwindrichtung wird eine Messstelle in Eitting errichtet, in der zweiten Hauptwindrichtung in Achering fehlt sie allerdings noch. Was tatsächlich noch völlig fehlt, ist eine Messung direkt auf dem Gelände des Flughafens München. Die FMG weigert sich schlichtweg, ultrafeine Partikel zu messen. Das ist allein im Hinblick auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Flughafen problematisch. Aber wenn man dann noch weiß, dass sich eine Kindertagesstätte auf dem Gelände des Flughafens befindet, muss ich sagen: Ich finde das unverantwortlich. Der Flughafen München soll auch auf seinem Gelände ultrafeine Partikel messen. Das wäre verantwortungsbewusst. Das müssen sie machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema der Studien und Wissenschaft: Bisher besteht kein Grenzwert. Die WHO sagt: Wir haben zu wenig Studien. – Es gibt Studien, aber ich habe gelernt: Eine Studie ist keine Studie. Sie brauchen mehr. Inzwischen gibt es einen von der WHO

empfohlenen Wert. Dieser wird in Attaching vermutlich an zwei Dritteln der Tage, in Freising wahrscheinlich jeden zweiten Tag und am Flughafen vermutlich jeden Tag überschritten. Aber einen Grenzwert gibt es bisher nicht. Die Krankentage in der Flughafenregion und insbesondere am Flughafen München sind höher als andernorts. Die im Antrag genannte DAK-Studie belegt eindeutig: Die Atemwegserkrankungen nehmen zu. Gleichzeitig wissen wir um die Belastung durch ultrafeine Partikel. Für einen verantwortungsvollen Arbeitgeber – und der Flughafen gehört immerhin zu 51 % dem Freistaat Bayern – wäre es richtig und notwendig, Studien in Auftrag zu geben. Wir müssen klären, ob ein Zusammenhang besteht. Die Vermutung liegt nahe. Ich meine: Wissenschaft hilft. Lassen Sie uns gemeinsam vorankommen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden. Blicken wir einmal zum Flughafen Amsterdam Schiphol. Das ist kein kleiner Flughafen. Dort werden inzwischen FFP2-Masken an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Vorfeld verteilt – nicht zum Spaß, sondern wegen der ultrafeinen Partikel. Dort wird das Thema also ernster als am Flughafen München genommen.

Wie kann man ultrafeine Partikel reduzieren? – Beim Auto haben wir es ebenfalls gemacht: Die Reduzierung des Schwefelanteils im Kerosin ist ein Schlüssel, damit weniger ultrafeine Partikel ausgestoßen werden. Die Airlines sagen: Das rentiert sich nicht, weshalb wir es nicht machen. – Deswegen schlagen wir ein entsprechendes Anreizprogramm vor. Weniger Schwefel im Kerosin heißt weniger Ultrafeinstaub. Das wiederum bedeutet weniger Dreck, den die Menschen einatmen müssen, wodurch sie gesünder leben. Meine Damen und Herren, wir fordern ein Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was könnte man noch tun? – Am Flughafen in Brüssel gibt es zum Beispiel einen elektronischen Taxibot. Das ist ein elektrischer Schlepper, der das Flugzeug über

das Flughafengelände zieht, wodurch weniger Kerosin verbraucht wird und weniger ultrafeine Partikel ausgestoßen werden. Diesen könnte man hier auch einsetzen. Der Flughafen Schiphol in Amsterdam hat neue Filteranlagen für ultrafeine Partikel installiert, mit denen versucht wird, dem Problem irgendwie Herr zu werden. Es gibt also eine ganze Reihe von Vorschlägen und Maßnahmen. Bisher setzt der Flughafen München jedoch keine davon freiwillig um, mit der Begründung: Es gibt keinen Grenzwert, weshalb es uns nicht interessiert.

Ich kann uns nur empfehlen: Nehmen wir den Gesundheitsschutz und den Vorsorgeschutz ernst! Bleiben wir an dem Thema dran! Gehen wir voran, für die Menschen, die am Flughafen arbeiten, die Kinder, die dort in die Kita gehen, und für die Menschen, die in der Region leben und die Luft dort einatmen! Wenn wir dadurch heute einen halben Schritt nach vorne gehen, haben sich diese Anträge schon gelohnt. Das ist als Zwischenschritt vor der Sommerpause völlig in Ordnung. Im Herbst müssen wir dann aber die nächsten Schritte folgen lassen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Becher. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Alexander Flierl das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die vorliegenden Anträge der GRÜNEN liest, könnte man meinen, die Staatsregierung und die Regierungskoalition würden beim Thema Ultrafeinstaub überhaupt nichts tun und die Augen davor verschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen aber eindeutig versichern: Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Jetzt habe ich euch so gelobt!)

Wir messen, wir prüfen, wir handeln. Aber wir tun dies auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und nicht nach dem Motto: Mehr Forderungen bedeuten automatisch mehr Gesundheitsschutz. – Genau darin unterscheidet sich verantwortungsvolle Politik von der Symbolpolitik der GRÜNEN.

Ich komme nun zu den einzelnen Anträgen. Mit dem ersten Antrag werden weitere Messstationen gefordert. Dabei wird aber verschwiegen, dass Bayern die Vorgaben der neuen EU-Luftqualitätsrichtlinie sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Messstellen als auch auf die verschiedenen Windrichtungen schon lange einhält.

Die Messungen wurden ausgeweitet. Eitting wird als neuer Messstandort eingerichtet; Freising bleibt erhalten. Sie haben es ja dankenswerterweise schon vorweggenommen: Auch weil wir diese Thematik ernst nehmen, wird nun zusätzlich ein einjähriges Hintergrundmessprogramm westlich des Flughafens eingerichtet, um diese Messwerte wissenschaftlich noch besser einordnen zu können. Und genau so arbeitet man evidenzbasiert: Man prüft, bevor man Schlüsse zieht – und eben nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wer immer nur neue Messstationen fordert, obwohl eigentlich der zusätzliche Erkenntnisgewinn fraglich ist, produziert natürlich nur eines: mehr Bürokratie und selbstverständlich auch mehr Kosten, aber nicht automatisch bessere Politik. Auch deswegen ist Ihr Antrag nicht zielführend.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Ich komme nun zum zweiten Antrag. Auch in diesem wird mehr behauptet als belegt. Natürlich ist der Gesundheitsschutz der Beschäftigten ein hohes Gut, er hat auch höchste Priorität für den Arbeitgeber. Aber genau dafür gibt es auch klare Zuständigkeiten. Der Arbeitsschutz ist Aufgabe des Arbeitgebers und wird durch die Gewerbeaufsicht kontrolliert. Da hilft uns eine neue Studie nicht weiter; denn welches konkrete Vollzugsdefizit soll denn durch eine Studie letztendlich aufgedeckt oder gegebenen-

falls behoben werden? Studien ersetzen keine Verantwortung. Die Verantwortung trifft eindeutig den Arbeitgeber. Deswegen ist es entscheidend, dass bestehende Schutzvorschriften eingehalten werden. Dafür gibt es funktionierende Strukturen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch deutlicher wird die Symbolpolitik beim dritten Antrag der GRÜNEN. Sie verlangen ein Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin am Flughafen München. Das klingt zwar wie immer und wie in allen Ihren Anträgen gut, löst aber kein einziges Problem. Die Flughafengesellschaft verkauft nämlich überhaupt kein Kerosin. Sie stellt lediglich die Tankinfrastruktur zur Verfügung. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Hinzu kommt auch noch eines: Das könnte vielleicht die Problematik beim Start der Maschinen lösen, aber beim Anflug überhaupt nicht. Auch das ist emissionsrelevant, wenn die Flieger von überall auf der Welt – Gott sei Dank – zu uns kommen, wenn München dann auch ein Drehkreuz ist, aber dann bei der Landung kein schwefelarmes Kerosin von den Maschinen verbrannt wird. Und noch einen Punkt dürfen wir nicht außer Acht lassen: Wir würden unseren Flughafen im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Ein isoliertes Anreizsystem ist weder praktikabel noch wirksam.

Deswegen, glaube ich, ist es auch ganz entscheidend, dass wir immer wieder auch darauf hinweisen, dass der Flughafen längst Maßnahmen umsetzt, um hier besser zu werden: Bodenstrom statt Hilfstriebwerke, moderne Pre-Conditioned-Air-Anlagen, statt die Motoren laufen zu lassen, mehr Elektromobilität beim Fahrzeugpool und auch insbesondere die Öffnung des Tanklagers für Sustainable Aviation Fuel und Anreize für dessen Nutzung. Aus all diesen Sachen wird doch letztendlich ein Schuh. Das zeigt: Diese konkreten Maßnahmen greifen, um Emissionen reduzieren zu können. Das sind nicht nur Schlagzeilen, sondern das ist ein tatsächlicher Fortschritt.

Der Freistaat Bayern bleibt nicht untätig. Bayern setzt sich seit Langem auf Bundesebene und auf europäischer Ebene für strengere Entschwefelungsstandards ein; denn da wird nämlich dann auch ein Schuh draus. Nur so funktioniert es dann auch, wenn wir Regelungen treffen, die international abgestimmt und dann natürlich auch

wettbewerbsneutral sind. Nationale oder vielleicht sogar regionale Alleingänge bringen uns keinesfalls weiter. Sie helfen weder dem Klima noch der Gesundheit. Deswegen müssen wir immer wieder festhalten: Die GRÜNEN stellen Anträge, die so klingen, als hätte bisher niemand gehandelt. Wir handeln hingegen längst. Wir entwickeln das Messkonzept weiter. Wir nehmen neue Erkenntnisse auf. Wir setzen auf wirksame Emissionsminderung am Flughafen, und wir treiben die nachhaltige Transformation der Luftfahrt auch an unserem Standort voran. Das entfaltet tatsächlich Wirkung auf europäischer und auf internationaler Ebene.

Deswegen lehnen wir Ihre Anträge nicht ab, weil uns das Thema unwichtig wäre. Der Kollege Zierer wird nicht müde, darauf hinzuweisen. Ich glaube, er hat auch bewiesen, dass jetzt mehr geleistet wird, indem wir das weitere Messprogramm jetzt auflegen. Wir lehnen Ihre Anträge aber ab, weil wir bereits mit Augenmaß, mit wissenschaftlichen Grundlagen und wirksamen Maßnahmen statt Symbolpolitik auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Flierl, Sie wollen nicht weitermessen, weil Sie keine weiteren Erkenntnisse erwarten. Sie wissen es schon. Studien soll, wenn überhaupt, dann der Arbeitgeber machen. Dafür seien wir nicht zuständig. Die Maßnahmen seien schon wirkungsvoll. Ich würde jetzt schon gern wissen, weil Sie selbst anderen immer gerne Symbolpolitik vorwerfen, um wie viel Prozent durch diese bisherigen Maßnahmen ultrafeine Partikel am Flughafen reduziert wurden und welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden, um ultrafeine Partikel in welchem Umfang tatsächlich zu reduzieren. Anderen Leuten, die sich intensiv mit der Thematik beschäftigen, einfach so vorzuwerfen, dass die keine Ahnung hätten, und selbst dann aber

nicht ins Detail zu gehen, was denn wirklich konkret herauskommt, wäre unredlich. Daher würde ich Ihnen jetzt mit meiner Zwischenbemerkung die Chance geben, deutlich aufzuzeigen, was die messbaren Erfolge dieser bisherigen und der künftigen Maßnahmen sind.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Becher, wir nehmen das wirklich sehr ernst und wischen nichts weg. Das möchte ich schon einmal betonen, weil wir uns sonst nicht die Zeit nehmen würden, auch heute zum letzten Tagesordnungspunkt sauber zu begründen, warum wir Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Genau deshalb, weil wir das ernst nehmen, müssen wir doch genau in die Details gehen. Wir halten genau die Vorgaben der EU-Luftqualitätsrichtlinie ein.

(Johannes Becher (GRÜNE): In ihr gibt es keine Grenzwerte!)

– Da gibt es keinen Grenzwert; aber es gibt Vorgaben zu den Messstationen, wie viele es sein müssen, wo sie aufzustellen sind etc. Wir erfüllen diese Vorgaben, und durch das neue Messprogramm für ein Jahr gehen wir sogar noch darüber hinaus. Und wir müssen auch sagen, dass diese Maßnahmen greifen, weil wir wissen: Wenn wir zum Beispiel auf Bodenstrom zurückgreifen oder Klimaanlagen vernünftig betreiben, ohne dass die Triebwerke der Flugzeuge laufen müssen, und anbieten, dass nachhaltiger Treibstoff getankt werden kann, dann sind das Maßnahmen, die natürlich dazu beitragen, dass Ultrafeinstaub vermieden bzw. reduziert wird. Deswegen brauchen wir nichts und wischen auch nichts weg. Ganz im Gegenteil, wir nehmen das ernst und ergreifen wirksame Maßnahmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon ein bisschen verwundert, weil ich denke, wir haben den Antrag im

Ausschuss ausführlich debattiert und diskutiert. Ich will jetzt noch kurz vorstellen, was die GRÜNEN mit ihrem Antrag fordern. Sie fordern unter anderem weitere Ultrafeinstaub-Messstationen auf dem Flughafengelände und in der Umgebung. Dazu muss ich eines sagen: Es sind in der Umgebung des Flughafens genug Messstationen vorhanden. Selbst der Flughafen betreibt zwei stationäre und eine mobile Messstation am Flughafengelände. Das stimmt auch nicht, was Sie sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Doch, das stimmt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aber nicht für Ultrafeinstaubpartikel!)

– Doch, genau für diese Ultrafeinstaubpartikel. Das können Sie im Internet nachlesen. Ich habe es zumindest im Internet gelesen. Wenn es dort falsch steht, dann habe ich hier etwas Falsches weitergegeben.

Zum zweiten Punkt, den Sie fordern. Sie wollen die dauerhafte Fortführung bestehender Messungen sowie zusätzliche Maßnahmen zur Reduzierung ultrafeiner Partikel. Das ist wichtig. Das wird auch weiterhin gemacht. Das hat auch der Kollege beleuchtet. Als Nächstes fordern Sie, dass der Flughafen dafür sorgen soll, dass die Flughafengesellschaft schwefelarmes Kerosin zur Verfügung stellt. In diesem Punkt bin ich ganz bei Herrn Flierl, der gesagt hat: Wenn ein Flugzeug ins Ausland fliegt und dort betankt wird, dann kommt es mit anderem als schwefelarmem Kerosin zurück. Das Problem muss entweder europaweit oder weltweit gelöst werden; ansonsten bringt es nicht viel. Und Sie behaupten – –

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) – Gegenruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Ja, richtig, genau. – Dann steht noch etwas fest. Der Vertreter aus dem Ministerium hat im Ausschuss klar gesagt, dass mehr Messstationen keine weiteren Ergebnisse ans Licht bringen würden. Deswegen lehnen wir als AfD diesen Antrag ab.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Marina Jakob das Wort.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon im vergangenen Februar auf Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN einen Bericht zur EU-Luftqualitätsrichtlinie im Umweltausschuss gehört. Darin ist ganz klar geworden, dass der Flughafen München die Anzahl der Messstellen zwar von drei auf zwei reduziert hat, aber dass das definitiv innerhalb der Richtlinien ist.

Wir nehmen die Sorgen der Bürger sehr ernst. Aber für uns zählt auch, was wissenschaftlich wichtig und relevant ist und was finanzierbar und tragbar ist. Ich möchte an dieser Stelle meinem Kollegen Benno Zierer danken, der sich wirklich Tag für Tag für die Menschen vor Ort einsetzt und versucht, das Beste zu erreichen. Zusammen mit dem Bürgerverein Freising haben Sie es erreicht, dass für über ein Jahr eine zusätzliche Messstelle in 20 bis 25 Kilometer Entfernung westlich des Flughafens eingeführt wird. Dort werden die UFP-Messungen stattfinden.

Wir haben auch viele Gespräche mit der FMG geführt. Lieber Kollege Becher, Ihre Punkte sind immer ganz richtig. Sie sprechen an, was man thematisieren muss. Dennoch ist es so, dass der Freistaat Bayern zwar Miteigentümer des Flughafens München ist, aber beim Flughafen handelt es sich um eine GmbH. Das ist ein eigenständiges Unternehmen. Und ein Unternehmen entscheidet, was es vor Ort zu tun hat. Was es gesetzlich durchführen muss, das tut es. Welche freiwilligen zusätzlichen Leistungen das Unternehmen vornimmt, entscheidet die GmbH als Gesellschaft.

(Johannes Becher (GRÜNE): 51 % gehören dem Freistaat Bayern!)

Zum Thema schwefelarmes Kerosin: Es macht einfach keinen Sinn, wenn man dies nur am Flughafen in München umsetzt. Flieger kommen aus aller Welt hierher. Sie landen dort. Sie haben kein schwefelarmes Kerosin. Ich gebe Ihnen aber total recht,

dass wir dieses Anliegen international weiter vorantreiben müssen. Dafür bestehen gute Möglichkeiten, die aber international abgestimmt werden müssen.

Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz setzt sich auch beim Bundesverkehrsministerium für strengere Entschwefelungsstandards im internationalen Kontext ein.

Wir handeln, und wir tun etwas. Vielleicht erfolgt das nicht ganz so, wie Sie das gerne hätten.

(Martin Wagle (CSU): Das ist doch gar nicht der Anspruch!)

Das liegt in der Natur der Sache: Regierungsfraktion gegenüber der Opposition. Sie fordern immer viel mehr, weil Sie gar nicht wissen, was rechtlich überhaupt möglich und machbar ist.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich weiß ziemlich gut, was rechtlich möglich ist!)

Dennoch sind wir auf einem sehr guten Weg. Ich darf abschließend noch einmal meinem Kollegen Benno Zierer danken, der wirklich mit Herzblut dabei ist, wenn es um die Menschen in und um Freising geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Ruth Waldmann das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zu einem einzigen Thema: Ultrafeinstaub. Die Partikel sind so klein, dass sie über die Atemwege in die Blutbahn gelangen können. Dass Flughäfen dafür ein Hotspot sind, ist auch wissenschaftlich völlig unstrittig. Diese drei Anträge verlangen überhaupt nichts Exotisches, sondern eigentlich das Selbstverständlichste, was man in dieser Situation machen kann: Messen, Verstehen und Handeln.

Zum Messen: Die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie schreibt eine Messstation im Lee, also in der Hauptwindrichtung, vor. Sie befindet sich jetzt in Eitting, das ist gut so, aber eine bereits bestehende Station in Hallbergmoos soll abgebaut werden. Im Westen kommt jetzt und nur für ein Jahr eine Messstation dazu, wenn ich das richtig sehe.

(Johannes Becher (GRÜNE): In 20 km Entfernung!)

Das war für mich eine neue Information. Herr Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN hat das ja auch schon kritisch gesehen und dem Antrag im Ausschuss zugestimmt. Er versteht, dass die Menschen dort natürlich zu Recht erwarten, dass ihre Sorgen ernst genommen werden und ihnen nicht nur eine Richtlinie vorgehalten wird.

Zu den Kosten: Einfache Messgeräte kosten ja gar nicht so viel. Die Kosten können bei – was weiß ich – 20.000 Euro liegen. Der Umsatz der Flughafen München GmbH liegt nach Auskunft des Finanzministeriums bei über 1,5 Milliarden Euro. Wenn man bei diesem Verhältnis von einem unverhältnismäßigen Aufwand spricht, dann geht es nicht um das Sparen, sondern man will es vielleicht gar nicht genauer wissen.

Die Krankheitsquote der Beschäftigten am Flughafen ist erhöht. Das bestreitet die Flughafengesellschaft selbst nicht. Sie erklärt das mit Schichtdienst, mit körperlicher Arbeit und der Witterung. Das kann alles eine Rolle spielen. Aber das Wort Schadstoffe kommt in diesen Erklärungen nicht ein einziges Mal vor. Und das, obwohl der heute schon zitierte DAK-Gesundheitsreport für die Flughafenregion schon im Jahr 2023 den Anstieg der Atemwegserkrankungen festgestellt hat und obwohl international ja auch schon längst geforscht wird. In Kopenhagen wurde die Belastung über Jahre untersucht und lag zwei- bis dreimal so hoch wie im Stadtzentrum.

Im vorliegenden Antrag wird auch gar nicht behauptet, dass wir die Ursache schon kennen. Er kritisiert nur, dass sie niemand genauer erforscht; denn wenn man die Ursache nicht erforscht, kann man natürlich hinterher unter Umständen auch sagen, dass es diese Ursache gar nicht gibt. Im Ausschuss hat es geheißen, dass es die Sache des Arbeitsschutzes sei. Nur gibt es bis heute für diesen Ultrafeinstaub gar

keinen Arbeitsplatzgrenzwert. Dieser Verweis führt also in eine Regelungslücke, und genau dort sitzt es sich offenbar recht bequem.

Zum dritten Antrag: Kerosin darf bis zu 300-mal so viel Schwefel enthalten wie der Diesel an der Tankstelle. Es gibt Studien, in denen steht, dass sich der Ultrafeinstaubausstoß über den Schwefelgehalt allein schon um 30 bis 70 % senken ließe. Natürlich werden die Grenzwerte für das Kerosin nicht im Freistaat bestimmt. Das gehört auf die europäische Ebene. Da hat die Koalition recht. Das wird im Antrag aber auch gar nicht gefordert. Er fordert eine Prüfung für ein freiwilliges Anreizsystem über die Entgelte. Dass so etwas am Flughafen München funktionieren kann, das wissen wir schon seit dem Jahr 2008, weil es emissionsabhängige Entgelte für Stickoxide gibt. Das Instrument ist also schon da. Es liegt im Regal. Man muss es halt auch benutzen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir bei der eigentlichen Frage: Bei jedem dieser drei Anträge hat die Koalition auf jemand anderen gezeigt, aber der Freistaat ist nun einmal der Mehrheitsgesellschafter dieser Flughafen München GmbH, und man kann nicht einerseits die Dividende und vor allem das Standortprestige mitnehmen wollen, aber beim Gesundheitsschutz der vielen Tausend Beschäftigten und der Menschen im Umland so tun, als ginge einen die Gesellschaft nicht direkt etwas an, sondern wäre ganz eigenständig. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die drei Anträge wieder getrennt. Die federführenden Ausschüsse empfehlen die drei Anträge jeweils zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Votum des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz dem Antrag auf Drucksache 19/11184 – da geht es um die Ausweitung des UFP-Messnetzes – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Wer entgegen dem Votum des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention dem Antrag auf Drucksache 19/11159 betreffend "Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Wer entgegen dem Votum des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Antrag auf Drucksache 19/11188 betreffend "Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Der Antrag ist abgelehnt.

Vielen Dank für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:27 Uhr)